VERANSTALTUNGSBEITRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEDIENPROGRAMM SÜDOSTEUROPA

FELIX KOBMANN

September 2017

www.kas.de/medien-europa

Medienbildung und Faktenchecks als Mittel gegen Falschnachrichten

DIE ARTIKEL-10-EMRK-ARBEITSGRUPPE BEFASSTE SICH MIT FAKE NEWS, MEDIEN-KOMPETENZ SOWIE ANSÄTZEN FÜR GESETZGEBUNG UND SELBSTREGULIERUNG

Benannt nach dem Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), beschäftigt sich die internationale Arbeitsgruppe mit Medienfreiheit und Medienrecht in Südosteuropa. Auf Einladung des KAS-Medienprogramms trafen sich Experten aus zehn Ländern, um über die Verbreitung und Bekämpfung von Fake News in der Region zu diskutieren. Der Workshop fand vom 13. bis 15. September 2017 in Skopje statt.

Christian Spahr, Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa, eröffnete das Seminar. Als Beispiele für Gefahren für den öffentlichen Diskurs nannte er politisch motivierte Cyberattacken in Frankreich und Deutschland sowie Desinformationskampagnen in Bulgarien und anderen Ländern, die die Tragweite digitaler Angriffe und den Einfluss von Fake News deutlich machen. Prof. Dr. Johannes Weberling, Gründer der Arbeitsgruppe und Professor für Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina, unterstrich die Rolle, die die EU bei der Bekämpfung von Falschnachrichten in Südosteuropa spielen könnte.

Den ersten Teil des Workshops zum Thema "Einfluss von Fake News auf Medien und mögliche Gegenmaßnahmen" leitete Christian Mihr, Deutschland-Geschäftsführer von "Reporter ohne Grenzen ". Man wisse noch zu wenig Konkretes über den tatsächlichen Einfluss von Fake News. Grundsätzlich geht es um die Verbreitung manipulierter und gefälschter Inhalte. Laut einer Studie des deutschen Digitalverbands Bitkom vom Februar 2017 haben 68 Prozent

der Befragten in den vorangegangenen zwölf Monaten Fake News in herkömmlichen Medien oder in sozialen Netzwerken wahrgenommen. In Bulgarien haben die Bürger eine ähnliche Wahrnehmung: Einer KAS-Studie zufolge waren bereits 72 Prozent mit Falschnachrichten konfrontiert. Daher, so Prof. Weberling, sei es wichtig, den Bürgern mehr Informationen über den Einfluss von Fake News zur Verfügung zu stellen.

Das neue Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken in Deutschland zeige, dass Maßnahmen gegen Fake News internationalisiert werden müssten. Darüber hinaus solle die Entscheidung über die Legalität von Inhalten nicht von privaten Unternehmen gefällt werden. Überdies, warnte Mihr vor der Gefahr, dass solche oder ähnliche Gesetze auch zur Unterdrückung der Pressefreiheit genutzt werden könnten.

Fake-News-Unternehmer in Mazedonien, Krieg der Fakten in der Ukraine

Auf die Einführung zum Thema Fake News folgten Fallbeispiele aus Mazedonien von **Dragan Sekulovski**, Geschäftsführer des mazedonischen Journalistenverbands, und aus der Ukraine von **Galyna Schimansky-Geier**, Redakteurin der deutschen Ausgabe von "StopFake.org" in der Ukraine.

Dragan Sekulovski berichtete von Veles, einer ehemaligen mazedonischen Industriestadt, in der eine Gruppe von Jugendlichen ihren Lebensunterhalt mit der



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEDIENPROGRAMM SÜDOSTEUROPA

FELIX KOBMANN

September 2017

www.kas.de/medien-europa

Produktion von Fake News verdiente. Über 150 Portale wurden von den Jugendlichen mit Inhalten gefüttert. Die Artikel unterstützten die Trump-Kampagne in den USA.

Im Anschluss berichtete Galyna Schimansky-Geier von ihrer Arbeit bei der Fact-checking-Plattform StopFake.org. Russische Stellen nutzten Fake News nicht in erster Linie, um bestimmte Inhalte in der Ukraine zu verbreiten, sondern um den Eindruck zu verstärken, dass alle Medien lügen – und damit auch die Glaubwürdigkeit etablierter Plattformen zu unterminieren.

Der zweite Tag des Workshops begann mit Länderberichten aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Mazedonien, Rumänien und Serbien. Auch dort sind Auswirkungen von Falschnachrichten im öffentlichen Diskurs wahrnehmbar. Es fehlen effektive Mechanismen zur Selbstregulierung und zur Überprüfung von Fakten sowie Bildungsmaßnahmen für Mediennutzer und Journalisten.

Zwei Arbeitsgruppen diskutieren beste Strategien gegen Fake News

Anschließend traten die Teilnehmer in zwei Arbeitsgruppen zusammen, um Strategien für gesetzliche Rahmenbedingungen und Selbstregulierungsmaßnahmen zu besprechen. Journalisten müssen fortgebildet werden und Medien sich stärkeren Selbstregulierungsmaßnahmen unterziehen. Zusätzlich sollten Factchecking-Plattformen etabliert werden. Staatliche Einrichtungen sollten geprüfte Informationen offensiver verbreiten, damit das öffentliche Bewusstsein für richtige und falsche Nachrichten gestärkt wird. Auch die Zusammenarbeit von Behörden und unabhängigen Medien sei wichtig.

Am Donnerstag, 14. September fand im Rahmen des Workshops eine öffentliche Podiumsdiskussion statt. Christian Mihr, Galyna Schimansky-Geier, Dragan Sekulovski, **Dr. Marina Tuneva**, Leiterin des Rats für Medienethik in Mazedonien, und Prof. Dr. Johannes Weberling diskutierten unter der Moderation von Christian Spahr die Themen und Ergebnisse des Workshops.

Nach den Vorworten von Christian Spahr, **Davor Pasoski**, Projektmanager beim KASLandesbüro Mazedonien, und Prof. Dr.

Weberling beschrieb Christian Mihr in
diesem Rahmen die Essenz von Fake News
und Propaganda näher. Galyna SchimanskyGeier sagte, dass die Bekämpfung von Fake
News und Propaganda in der Ukraine wie
der Kampf David gegen Goliath sei, wenn
man die personellen und finanziellen
Ressourcen Russlands betrachte.

Eine Frage an das Podium war dementsprechend, welche Ansätze sinnvoll seien, um Fake News entgegenzuwirken. Mit Blick auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden vor allem eine verstärkte Medienbildung der Öffentlichkeit, eine funktionierende Selbstregulierung sowie eine intensivere und öffentlich zugängliche Überprüfung von Fakten genannt.



Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Medienprogramm Südosteuropa

ul. Konrad Adenauer 19 Et. 1, Ap. 2 1504 Sofia Bulgarien

Telefon +359 2 942 49-71 Telefax +359 2 942 49-79 E-Mail media.europe@kas.de Web

www.kas.de/medien-europa